

Hessen

1,7 Millionen Euro für Cyber-Sicherheit

[21.06.2018] Einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 1,7 Millionen Euro erhält IT-Dienstleister ekom21 von Hessen. Das Land unterstützt so die kostenlosen Cybersicherheitsberatungen in den Städten und Gemeinden. Das ist allerdings nicht die einzige Maßnahme, mit der sich das Land gegen Cyber-Gefahren rüstet.

Hessens Innenminister Peter Beuth hat einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 1,7 Millionen Euro an IT-Dienstleister ekom21 überreicht. Wie das Innenministerium mitteilt, werden mit dem Geld kostenlose Cyber-Sicherheitsberatungen für die hessischen Städte und Gemeinden für das Jahr 2018 finanziert. Seit 2016 bietet das Land in Kooperation mit ekom21 Kommunen mit bis zu 35.000 Einwohnern Unterstützung bei der IT-Sicherheit an. Dafür wurden 2,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt ([wir berichteten](#)). Im Frühjahr 2017 wurde das Programm dann auf die größeren Kommunen ausgeweitet, sodass alle Städte und Gemeinden von der Beratung profitieren können. Weitere 2,7 Millionen Euro wurden dafür bereitgestellt ([wir berichteten](#)).

Insgesamt stellt die Landesregierung für die Beratungen im Zeitraum von Januar 2016 bis 2020 also mehr als fünf Millionen Euro zur Verfügung. Laut Ministeriumsangaben haben bislang 236 Kommunen ihr Interesse bekundet, bei über 481 Terminen vor Ort konnte die Verwaltungs-IT auf Risiken, Defizite und Verbesserungspotenziale untersucht werden. 179 Städte und Gemeinde haben einen individuellen Beurteilungsbericht und Empfehlungen erhalten, wie sie ihre Datenverarbeitung sicherer gestalten können.

Bausteine der hessischen Cyber-Sicherheit

Das Kommunale Dienstleistungszentrum ist laut Innenministerium ein Baustein in der umfassenden Agenda Cybersicherheit@Hessen. In diesem Rahmen baut Hessen derzeit auch ein eigenes Cybercrime Competence Center (Hessen3C, [wir berichteten](#)) auf. Fachleute von Polizei, Landeskriminalamt, Verfassungsschutz und dem IT-Bereich des Landes sollen hier Maßnahmen zur Cyber-Sicherheit identifizieren und daraus konkrete Handlungsempfehlungen für den Kampf gegen Datendiebstahl, Cyber-Spionage und virtuelle Straftaten erarbeiten. Die eigene Informationstechnik soll so besser vor Angriffen geschützt werden.

Ein Baustein des neuen Hessen3C und ein wichtiges Warn- und Alarmierungsinstrument ist zudem das Computer Emergency Response Team (CERT). Es unterstützt laut Ministeriumsangaben die Landesverwaltung, Kommunen und Unternehmen der kritischen Infrastruktur bei der Lösung von IT-Sicherheitsvorfällen, warnt vor besonderen Gefahren und erstellt ein tägliches Lagebild zur Cyber-Sicherheit in Hessen. Am Runden Tisch Cybersicherheit bringt das Land darüber hinaus Wissenschaft und Verwaltung zusammen ([wir berichteten](#)). Hier fördere das Land derzeit sechs Projekte mit rund 1,2 Millionen Euro. Mit 120 zusätzlichen Stellen im Bereich Cybercrime und organisierte Kriminalität will Hessen zudem auf virtuelle Straftaten reagieren, heißt es in der Pressemeldung weiter.

(ve)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Hessen, Peter Beuth, Cybersicherheit@Hessen